

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 5

Artikel: Die zwei Hauptpfeiler des englischen Zweiparteiensystems
Autor: Urech, Arnold
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337350>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die zwei Hauptfeiler des englischen Zweiparteiensystems*

Die Lehre, die sich aus der Geschichte des britischen Parlamentarismus im 19. Jahrhundert ergibt, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Spaltungen der Konservativen wie der Liberalen Partei *nie zu einem Dreiparteiensystem*, auch nicht zeitweise, *geführt haben*. Alle neuen kleinen Parteien vor 1914 bestanden nur kurze Zeit oder blieben ohne Einfluß auf die politischen Ereignisse. . . . Nur die Arbeiterpartei ist gewachsen und hat schließlich einen Triumph erlebt, aber es ist auf Kosten der Liberalen Partei geschehen, die unter den gegenwärtigen Umständen und der verfassungsmäßigen Wahlorganisation keinen Platz mehr hat. Taktische Irrtümer ihrer Führer haben diesen Niedergang beschleunigt; *der Hauptgrund dieses Zerfalls muß im Wahlsystem erblickt werden*, das nicht erlaubt, daß drei Parteien Seite an Seite bestehen. Die den tiefen Tendenzen eines Großteils der Nation am wenigsten nützliche, am wenigsten zahlreiche und am wenigsten entsprechende *muß* den Platz den andern abtreten. Historische und finanzielle Faktoren einerseits, verfassungsmäßige und wahltaktische andererseits haben das traditionelle Zweiparteiensystem geschaffen und aufrechterhalten. *Heute sind dessen zwei Hauptfeiler das Recht der Auflösung, das die Wähler der Disziplin des Systems, und das Wahlsystem, das die Wähler der selben Disziplin unterwirft.*

Keine Wahlversprechen ohne Verantwortungsbewußtsein

Da jede Partei mit einem Regierungsprogramm vor die Wähler treten muß, soll dieses unbestimmt gehalten sein, so daß übertriebene Wahlversprechen vermieden werden, weil diese im Falle der Übernahme der Regierung die Aktionsfreiheit der Partei übermäßig behindern. Jede Partei wird sich damit begnügen, die Tendenzen ihrer Politik in elastischen Ausdrücken anzugeben. Jede Partei muß deshalb *äußerst vorsichtig* sein und sich erst nach reiflicher Überlegung an die Wähler wenden, denn sie kennt ihre politische Verantwortlichkeit vor dem Lande für den guten Glauben und die Rechtmäßigkeit ihrer Versprechen. Die Verantwortlichkeit der politischen Parteien ist in Großbritannien als direkte Konsequenz des Zweiparteiensystems sehr entwickelt. Diese Verantwortlichkeit bekundet sich nicht bloß im Augenblick der Wahlen, sondern jeden Augenblick im Unterhaus.

«Die *Opposition ihrer Majestät*», die ebenso stark organisiert ist wie die Mehrheit, geleitet vom Führer, dem die hauptsächlichen Persönlichkeiten der Partei zur Seite stehen, darf sich nicht einer sinnlosen Kritik der Regierung,

* Vergleiche Heft 4: A. Urech, Die Ursachen des Zweiparteiensystems in England

unehrlichen und unbegründeten Angriffen hingeben, die einzig einen demagogischen und einen Wahlzweck haben; ihre Kritiken, ihre Erklärungen, ihre Programme, ihre Versprechen verpflichten sie vor den Wählern. Es wird von ihr Rechenschaft verlangt, wenn sie die *«Regierung ihrer Majestät»* geworden ist. Die Regierung und ihre Mehrheit müssen sich unaufhörlich daran erinnern, daß ihre Macht nur *vorübergehend* ist . . . Es soll bei einem Regierungswechsel *keine radikale Umkehrung die Angelegenheiten der Nation ernstlich gefährden*. Diese Bremse bestünde nicht, wenn die Macht unaufhörlich in den Händen einer Parteigruppe des Zentrums wäre, deren verschiedene gouvernementale Kombinationen, die gleiche Gruppe von Männern, die Nation in Permanenz leiten würden. Die Regierung muß sich ferner hüten vor jeder Handlung, die der Opposition erlauben würde, eine *wirksame Wahlparole* zu finden.

Das britische Zweiparteiensystem vermeidet dessenungeachtet nicht jede Demagogie. Die *übertriebenen Wahlversprechen* bestehen. Viele beklagen sich, weil sie die bis 1885 so vielfach verbreitete Form von Korruption der Wähler ersetzt haben. Die Versprechen von Ruhegehältern, Pensionen, Arbeitslosenzulagen, von verschiedenen Versicherungen, Plänen sozialer Sicherheit, sogar von Löhnen, spielen eine Rolle, die derjenigen zu vergleichen ist, die in Frankreich den selben Dingen zukommt. Angesichts der Eventualität einer unvorhergesehenen und immer möglichen Auflösung dürfen sich die Parteien nicht in eine zügellose Politik einlassen, unter der sie zuerst zu leiden hätten. Die Aufklärung der öffentlichen Meinung muß vernünftig sein. Die Mäßigung der politischen Auseinandersetzung ist zum Teil aus diesem Stand der Dinge hervorgegangen.

Wahlen im Sinne einer Volksabstimmung

Neben dem ziemlich elastischen Programm jeder Partei werden indessen den Wählern ein oder zwei bestimmte Fragen gestellt, die im Vordergrund auf, um die Wähler über eine sehr umstrittene und für die Zukunft des Landes folgeschwere Frage zu konsultieren. Sie verbindet ihr Schicksal und das Schicksal ihrer Partei mit dieser Frage. Die Opposition kann ihr Wahlgeschick mit dieser gleichen Frage oder mit andern, die ihr eigen sind, verbinden; auf jeden Fall werden die Wähler für oder gegen eine solche Partei stimmen, da sie wissen, daß diese für oder gegen eine solche Maßnahme stimmt, für oder gegen eine solche angetragene Lösung, um ein wichtiges Problem zu lösen, von dem das Schicksal oder das Wohlbefinden eines großen Teils der Bürger abhängt. Wenn es mehrere gibt, beherrscht eine von ihnen alle andern. Das Land stimmt ebensosehr für die Partei als für oder gegen diese Frage. Die Nation entscheidet eine zwischen den Parteien im Schoße

des Parlamentes entstandene Debatte: *die Wahlen haben den Sinn einer Volksabstimmung.*

Die Wähler wissen aber wohl, daß ihre Stimme eine andere Bedeutung hat. Sie wissen, daß der einen der beiden Parteien die Stimme geben auch heißt, *die Macht dem Führer dieser Partei zu geben*, der Premierminister sein wird und der eine maßgebende Mannschaft auswählt, die das Ministerium bilden wird. Die Wahlen bezwecken, zu zeigen, *welcher Partei das Land sein Vertrauen gewährt.* Nur zwei Parteien sind möglich. Die Nation wählt diejenige, die sie vorzieht. Die Parlamentarier und der König haben sich bloß zu verneigen. Das Verdikt des Volkes drängt sich ihnen auf. *Die Regierung ist nicht die Frucht einer Abstimmung des Parlamentes* aus Verbindungen zwischen den Parteien oder den Gruppen der Versammlung, politischen Feilschereien in Westminster. Das Unterhaus bestätigt den Entscheid des Landes bloß, konstatiert bloß den Willen der Wähler. Nicht es entscheidet, sondern die Wähler. Die Wahlen haben ebensoviel Kraft wie *eine Volksbefragung wegen eines Mannes und an zweiter Stelle wegen seiner Mitarbeiter.*

Starke Stellung der Regierung zur Erfüllung ihres Mandats

Die Entwicklung hat, besonders zwischen den beiden Weltkriegen, zu einer Stärkung der Autorität des Premierministers geführt. *(Das Recht der Auflösung scheint zwischen den beiden Weltkriegen vom Kabinett auf den Premier allein übergegangen zu sein. Vor 1914 stand es unbestreitbar dem Kabinett zu.)* Der Beweis hiefür ist die verfassungsmäßige Gewohnheit der Demission des in den Wahlen geschlagenen Ministeriums *vor* der Wiedervereinigung des Parlamentes. Die Regierung, die das Vertrauen der Wähler nicht mehr besitzt, muß den Platz unverzüglich der Opposition abtreten, die es erworben hat. Das war nicht immer so; doch müssen wir hier auf Beispiele verzichten. *Nur wenn der Entscheid des Landes nicht deutlich ist, wartet die Regierung die erste Sitzung des Unterhauses ab*, um zu demissionieren.

Der Wille, den die Wähler ausdrücken, in einem gewissen Sinne ein Problem zu lösen, das ihnen von den Parteien gestellt wird, und die öffentlichen Angelegenheit von den Männern ihrer Wahl geleitet zu sehen, bildet das, was die britischen Autoren das «*Mandat*» der Nation nennen. (Die Konservativen halten ein solches System für wahrhafter demokratisch als ein System, das die Auswahl der Regierungen den politischen Manövern innerhalb der Körperschaft der Vertreter überläßt. Die Arbeiterpartei denkt ebenso.) Ein Teil der Wähler stimmt für den Führer, andere stimmen für die gestellte Frage; *die beiden Bestandteile des Auftrages sind aber untrennbar und eng verbunden.* Das System des Mandates ist nur möglich, wenn zwei

oder drei Parteien einander gegenüberstehen . . . Das Zweiparteiensystem ist also der ideale Rahmen, damit das Land einer Regierung ein «Mandat» übertragen kann. *Dieses System setzt also die Einzelwahl mit einem Wahlgang und das durch die Exekutive nach Belieben ausgeübte Auflösungsrecht voraus . . . Dieser Mechanismus ist tatsächlich ebenso sehr das Produkt des Zweiparteiensystems und des Wahlsystems wie das Recht der Auflösung.*

Die umstrittenen Fragen sind nicht gerade am Ende einer Legislaturperiode zur Entscheidung reif. Die Regierung muß aber die Möglichkeit haben, die Neuwahlen auszulösen, wenn sie es will, um dem Lande zu erlauben, seiner Meinung im günstigen Augenblicke auszudrücken. *Das Auflösungsrecht gibt ihr dazu die Befugnis.* Tatsächlich finden die meisten Wahlen vor dem jeder Versammlung durch den Parlamentsact von 1911 gesetzten Termin statt. Vor diesem Datum ist die frühere siebenjährige Dauer einer Legislaturperiode auf fünf Jahre festgesetzt worden. Diese Maxima sind vor und nach diesem so wesentlichen Datum in der Verfassungsgeschichte Großbritanniens *nie erreicht* worden, die Zeit der beiden Weltkriege ausgenommen. Bei allen Ausnahmen war das Verlangen, eine Debatte vor die Wähler zu bringen, eine der wesentlichen Ursachen der Auflösung, so 1918 und 1945. Gewisse allgemeine Wahlen waren dem Verlangen der Regierung, eine wenig sichere Mehrheit sich verstärken zu sehen, zu verdanken . . . Tatsächlich sind die meisten Wahlen der Notwendigkeit zuzuschreiben, von den Wählern ein neues «Mandat» zu verlangen, weil neue Fragen aufgetaucht sind, die man nach ihren Wünschen unter der Leitung der Männer oder Frauen ihrer Wahl ordnen muß.

Das Recht der Auflösung begünstigt die regierende Partei

Die Vollmacht, über die das Ministerium verfügt, nach seinem Belieben Neuwahlen auszulösen, gibt der regierenden Partei einen beträchtlichen Vorteil über ihren Rivalen. Sie kann wählen, und sie wählt tatsächlich den Augenblick, der ihr der günstigste zu sein scheint, um siegreich aus dem Kampfe hervorzugehen. Es ist unmöglich, diese Ungleichheit auszumerzen. Sie wird zum Teil ausgeglichen durch das ernstliche Erschwernis, das für die Regierungspartei im Augenblick der Wahl die Ausübung der Macht seit einer bestimmten Zahl von Jahren darstellt. Jede Regierung ruft Enttäuschungen hervor und schafft Veranlassungen zu Unzufriedenheit. Siegreiche Wahlen sind schwieriger für die regierende Partei als für die Opposition. *Die freie Wahl des Datums der Wahl durch das Kabinett hat aber der Partei, auf die es sich stützt, oft den Sieg gesichert.* Die Wahlen finden aus bestimmten Gründen in der Regel im Herbst oder bald nach Neujahr statt. Die Handlungsfreiheit der Regierung hinsichtlich des Datums der Wahl hat dazu geführt, daß die Legislaturperiode weniger als fünf Jahre beträgt und

näher bei vier Jahren liegt. Die Regierung kann das für sie günstige Datum auch verpassen, wie es 1929 der Fall war.

Plebiszit und Referendum

Naturgemäß sind die Wahlen, in denen es sich um die Entscheidung über eine bestimmte Frage handelt, viel zahlreicher als die Fälle, wo allein die Persönlichkeit des Führers das «Mandat» bestimmt. Es ist aber selten, daß die Wähler aufgerufen werden, für oder gegen einen blendenden Führer zu stimmen, ohne seinen Namen mit einer wichtigen nationalen Streitfrage verbunden zu sehen: Ein großer politischer Führer kann nicht an die öffentlichen Angelegenheiten rühren, ohne zu versuchen, irgendein großzügiges Werk zu verwirklichen, selbst beim Fehlen jedes dringlichen Problems. Dieser plebiszitären Form des Mandates steht *der Referendumsauftrag* gegenüber. Für beide führt der Autor eine Reihe überzeugender Beispiele an. Von dem bekannten gefälschten Sinowiewbrief, durch den die Konservativen sich den Sieg bei den Wahlen von 1924 erschwindelten, heißt es: «Diese ‚Lüge des letzten Augenblicks‘ hatte die Wirkung einer Bombe, die das wenig anziehende Programm Labours völlig verdunkelte. Die Wahlen vollzogen sich also über die Frage: Wollte man die Macht der mit dem Ausland, den Russen, den Roten, verbündeten Partei überlassen?» Diese Beispiele beweisen, daß das Land sich sehr häufig um den Führer wenig, dafür um so mehr um das Programm seiner Partei kümmert.

Es erheben sich hier zwei Fragen: 1. Ist die Regierung genötigt, wenn jeder Wechsel der politischen Orientierung, der dem erhaltenen Auftrag zuwiderläuft, neue Wahlen erfordert, sich nach dem Auftrag der Wähler zu richten? 2. Ob die Annahme einer dem Mandat nicht zuwiderlaufenden Politik, worüber aber die Wähler noch nicht berufen worden waren, sich anläßlich der letzten Wahlen auszusprechen, eine neue Volksbefragung notwendig macht? Die Lösung hängt von den Umständen ab.

Muß die Regierung sich dem Willen der Nation beugen?

Die Regierung wagt es, den Auftrag der Nation zu verletzen, wenn das nehmen. Ihre Taktik ist es, Kredite ohne Prüfung der Leistungsfähigkeit des der politischen Diskussion sind. Meistens löst die Regierung das Unterhaus Interesse des Landes es zu fordern scheint; *wenn die öffentliche Meinung sie zu unterstützen scheint*: das Parlament bewahrt seine Oberhoheit; aber eine Verletzung dieser Art kann bei den folgenden Wahlen stark gutgeheißen werden. Was die Annahme einer ganz neuen Politik betrifft, wäre die Tendenz eher, es erst nach einer neuen Befragung der Wähler zu tun.

Dieses Problem stellt ein anderes, nämlich dasjenige, zu wissen, *ob wiederholte Schlappen bei Teilwahlen eine Regierung auf ihr Gewissen zur Auflösung*

verpflichten. . . . Praktisch sind einige verlorene Sitze wenig wichtig. Aber eine große Zahl aufeinanderfolgender Niederlagen zwingt eine Regierung moralisch zur Auflösung. Täte sie es nicht, so würde sich die Opposition im Unterhaus lebhafter bekunden. Im ganzen Lande könnte die Unzufriedenheit einige Unruhe hervorrufen.

Das Zweiparteiensystem und das Recht der Auflösung verschaffen also dem britischen Wahlsystem ein *ganz besonderes Gepräge*. Die Wirksamkeit oder das Spiel der Einzelwahl mit nur einem Wahlgang kann in Großbritannien nur in diesem Rahmen verstanden werden. *Die Wahlen haben nicht mehr bloß zum Zwecke, Vertreter zu wählen, sondern auch eine solche Regierung an die Macht zu bringen, welche die vom ganzen Lande gefaßte Entscheidung vollziehen wird, den Auftrag der Nation über gewisse schwebende Fragen hauptsächlichlicher Wichtigkeit, die jede Partei den Wählern gestellt hat. Die Wahlen sind ebensosehr dem Vertretungsprinzip als der Volksbefragung oder der Volksabstimmung ähnlich.*

Die Wahlen sind ebensosehr dem Vertretungsprinzip als der Volksbefragung oder der Volksabstimmung ähnlich

Diese Volksbefragung und dieses Referendum sind weder gefährlich noch bestreitbar, weil ihre Unbestimmtheit und ihre Allgemeinheit genügend sind, um mehr eine Tendenz als einen Mann und eine Frage beschränkter Tragweite oder tendenziösen Ausdruckes zu unterstützen. Sie sind indessen klar genug, um den Willen der Mehrheit nicht in Zweifel zu setzen, das Land sich in einer unter der Führung bekannter Chefs gewählten Richtung orientieren zu sehen. *Die britischen Wahlen besitzen den Vorteil der direkten Regierung, ohne deren Nachteile zu haben.* Der Wähler findet in diesem Recht ein unschätzbares Gegengewicht zur Beschränkung seiner Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Parteien.

Der Gewinn von zwei bis drei Prozent Stimmen über die Gegenpartei verschafft dieser Partei eine sehr starke parlamentarische Mehrheit. Es ist nicht zu bestreiten, daß ein Wahlsystem, das solche Ergebnisse erlaubt, *ungerecht* ist. Nur zwei Parteien bieten sich den Wählern an, um auf die Geschicke der Nation einzuwirken.

Die Liberalen als ausgleichender Faktor und ihre neue Aufgabe

Die überzeugten Liberalen, die einen sehr wichtigen Teil der Nation bilden, stimmen nicht liberal, sondern sie sind gezwungen, *die eine oder andere der großen Parteien zu unterstützen*. Gegenüber dem Nachteil dieses Systems verweist man darauf, daß die beiden großen Parteien nicht einförmig seien, sondern eine ganze Tonleiter verschiedener Schattierungen unterschieden werden könne. Die Konservative Partei umfaßt einen fortschrittlichen Flügel,

dessen soziales Programm anspruchsvoll ist, gemäßigte und abgehärtete Konservative der alten Schule, die «die-hard», denen alle Veränderungen zuwider sind. Die Arbeiterpartei haben auch ihre Gemäßigten und ihre Reformisten, kühne Anhänger des integralen Sozialismus. Beide Parteien machen darauf aufmerksam, daß der liberale Beitrag, wovon sie Nutzen gezogen haben, sehr wohltuend war. Statt in einem unwirksamen Zentrum fortzubestehen, die Bildung bequemer parlamentarischer Mehrheiten zu verhindern, und die Ursache ministerieller Unbeständigkeit zu sein, haben die Liberalen den beiden großen Formationen die Hilfsquellen der Befähigungen und der in ihrer Partei immer sehr entwickelten Uneigennützigkeit zur Verfügung gestellt. Das soziale Programm und die Verteidigung der freien Unternehmung der Konservativen Partei sind zu einem großen Teil den Liberalen zu verdanken. Die Arbeiterpartei verdankt einen Teil ihrer Mäßigung seit 1930 der selben Quelle. Die Liberalen sind der Nation so viel nützlicher und können für sich sicherer die Reformen erhalten, die sie wünschen.

Diese Antwort ist buchstäblich wahr. Die gezwungen in den zwei Hauptparteien eingegliederten Liberalen scheinen sich, ohne unter der ihnen auferlegten Disziplin zu leiden, anzupassen. Das hindert nicht, daß die Klagen manchmal sehr lebhaft sind. Dem Heimweh der großen Partei, welche die Liberalen ehemals waren, begegnet man überall.

Die Dreieckswahlen als ernste Gefahr für das Land

Von einem rein objektiven und statistischen Standpunkte aus verfehlt die Zunahme der Zahl der Dreieckswahlen nicht, für die Zukunft beunruhigend zu sein . . . Die Zahl derjenigen, die gewählt wurden, ohne die Mehrheit der Stimmen auf ihren Namen vereinigt zu haben, betrug 1935 bloß 35, 1946 dagegen 196 . . . Die Zahl der Gewählten, die nicht die Hälfte der Wähler ihrer Wahlkreise vertraten, droht sich bald auf 250 zu belaufen, oder sogar mehr, wofern die Unabhängigen bloß zahlreicher sind. Das ist eine *ernste Gefahr* für das Land.

Außenpolitik

Ende April explodierte auf den Weihnachtsinseln die erste amerikanische Atombombe der neuen Versuchsreihe. Und seither folgten sich die Explosionen in regelmäßigen Zeitabständen. Schon diese Atomversuche gaben Anlaß zu Demonstrationen auf der ganzen Welt. Noch mehr aber erregt das Projekt der Amerikaner, in einer Höhe von rund 800 Kilometern eine Atombombe zur Explosion zu bringen, die sachverständigen Atomphysiker. Niemand weiß nämlich, welche Wirkungen eine solche Explosion auf die Strah-